

Ein neuer Impuls zur Beilegung des Donbas-Konflikts?

Härtel, André

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Härtel, A. (2019). Ein neuer Impuls zur Beilegung des Donbas-Konflikts? *Ukraine-Analysen*, 225, 2-5. <https://doi.org/10.31205/UA.225.01>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>



www.laender-analysen.de/ukraine

DONBAS-KONFLIKT UKRAINISCH-RUSSISCHE ENERGIEBEZIEHUNGEN INTERVIEW MIT OLEH SENZOW

■ ANALYSE	
Ein neuer Impuls zur Beilegung des Donbas-Konflikts?	2
Von André Härtel, Nationale Universität Kiewer-Mohyla-Akademie	
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Öffentliche Meinung zum Donbas-Konflikt	6
■ KARTE	
Truppenentflechtung im Donbas	10
<hr/>	
■ ANALYSE	
Die Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland über den Gastransit: Eine Zwischenbilanz	11
Von Julia Kusznir, Jacobs University Bremen	
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Gasimport und -transit	15
<hr/>	
■ DEKODER	
Interview mit Oleh Senzow: »Je weiter weg von Russland, desto besser«	16
<hr/>	
■ CHRONIK	
21. Oktober – 8. November 2019	21

Ein neuer Impuls zur Beilegung des Donbas-Konflikts?

Von André Härtel, Nationale Universität Kiewer-Mohyla-Akademie

Zusammenfassung

Trotz einiger Anzeichen für Bewegung bei der Lösung des Donbas-Konflikts zwischen der Ukraine und Russland gibt es noch keinen klaren Fahrplan, wie es nun weitergeht. Der neue ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj arbeitet aktuell daran, eine Reihe von Maßnahmen zu entwickeln, die für seine in dieser Frage geteilte Bevölkerung akzeptabel sind, während Russland im Grunde vom Status quo profitiert. Daneben gibt es zahlreiche offene Fragen zur Umsetzung von Minsk II in einer Zeit, in der der Westen sanktionsmüde scheint und sich zunehmend auf andere Themen fokussiert.

Selenskyjs überraschende Wahl bringt neue Hoffnung

Der Krieg im Donbas herrscht nunmehr seit sechs langen Jahren. Die Kämpfe in den besetzten Gebieten, bestehend aus der sogenannten »Donezker Volksrepublik« (DNR) und der »Luhansker Volksrepublik« (LNR), sowie in den ukrainischen Teilen der Donezker und Luhansker Oblaste, haben bisher etwa 13.000 Menschenleben gefordert. Insbesondere an der sogenannten Kontaktlinie finden Beobachter weiter katastrophale humanitäre Zustände und schwierige wirtschaftliche Bedingungen vor. Das Minsker Abkommen vom Februar 2015 (Minsk II) hat zwar einen fragilen Waffenstillstand hervorgebracht, wurde aber weder von der ukrainischen noch von der russischen Seite so progressiv umgesetzt, wie es zur Beendigung dieses Konflikts erforderlich wäre.

Mit dem unerwarteten Aufstieg von Wolodymyr Selenskyj zum ukrainischen Präsidenten im Frühjahr 2019 und der absoluten Mehrheit, die seine Partei bei den Parlamentswahlen kurz darauf gewann, hat sich die Atmosphäre um den Konflikt allerdings deutlich verändert. Selenskyjs Wahlprogramm, das versprach, die Verhandlungen im Normandie-Format zu beschleunigen und den Krieg zu beenden, ein hochrangiger Gefangenenaustausch Anfang September und zuletzt im Oktober die Zustimmung der ukrainischen Seite zur sogenannten »Steinmeier-Formel«, haben Hoffnung auf neue Impulse zur Beilegung des Konflikts im Donbas geweckt. Dieser Artikel analysiert die aktuelle Lage und fragt, ob wir in naher Zukunft wirklich signifikante Fortschritte erwarten können.

2015–2019: Poroschenko – der »Kriegspräsident«?

Um zu beurteilen, was sich tatsächlich verändert hat, ist es sinnvoll, zunächst einen kurzen Blick auf die Dynamik des Konflikts in den letzten Jahren zu werfen und damit verbunden auf die Politik der Ukraine, Russlands und anderer zentraler Akteure. Nachdem das Minsker Abkommen vom Februar 2015 die schweren Kampf-

handlungen stoppen und eine mehr oder weniger stabile Kontaktlinie zwischen den besetzten Gebieten und dem Rest der Ukraine herstellen konnte, wurde schnell klar, dass der in der belarussischen Hauptstadt vereinbarte Rahmen vor allem eine Herausforderung für die ukrainische Seite darstellt. Die Souveränität des Landes war durch die Annexion der Krim und die russische Intervention im Donbas schon schwer beeinträchtigt worden, weshalb in der Öffentlichkeit die Meinung vorherrschte, dass weitere Verluste oder Zugeständnisse die Existenz des ukrainischen Staates endgültig infrage stellen würden. Bereits die Abstimmung über das Gesetz zur Dezentralisierung und über mehr Autonomie für die besetzten Gebiete (ganz zu schweigen von einem »Sonderstatus«, wie in Minsk II vorgesehen) wurde im Spätsommer 2015 von gewalttätigen und tödlichen Auseinandersetzungen zwischen nationalistischen Demonstranten und der Polizei überschattet. Präsident Poroschenko verstand daraufhin, dass er aufgrund der wachsenden patriotisch-nationalistischen Stimmung in seinem Land zwar einerseits kaum außenpolitischen Verhandlungsspielraum hatte, den Krieg gegen Russland andererseits aber auch innenpolitisch für sich instrumentalisieren konnte.

Dass der ukrainische Präsident den Krieg mit russischen und separatistischen Kräften zum Kernanliegen seiner Amtszeit machte, war letztlich jedoch ebenso seine persönliche Entscheidung wie Folge der russischen Politik. Der Kreml zeigte seit 2015 nie großes Interesse an einer Lösung des Konfliktes und führte trotz westlicher Sanktionen seinen konsequenten Konfrontationskurs gegen die Ukraine fort. Moskau rüstete die »DNR« und »LNR« weiterhin militärisch auf und wies sie an, im Rahmen der geltenden Waffenstillstandsvereinbarung so viel Aggressivität und Unnachgiebigkeit wie möglich zu zeigen. Die russische Donbas-Politik wurde vor allem vom »grauen Kremlkardinal« Wladislaw Surkow bestimmt, der in beiden »Volksrepubliken« eine kremlfreundliche Elite installierte und sie in diversen Sphären, von Sicherheit bis Wirtschaft und Medien, immer tiefer in den Moskauer Orbit zog. Die russische Dar-

stellung Poroschenkos als »Kriegspräsident« und seiner politischen Verbündeten in Kiew als »Kriegspartei« diente daher vor allem dem Interesse des Kremls, den nach Minsk erreichten Status quo im Donbas zu festigen.

Die internationale Gemeinschaft, insbesondere die im Normandie-Format vertretenen Deutschland und Frankreich, schienen aus verschiedenen Gründen ihren politischen Willen zur Konfliktregulierung nach den beiden Minsker Abkommen ausgeschöpft zu haben. Vor allem Deutschland, das bei der Verhängung der EU-Sanktionen gegen Moskau und bei den Minsker Verhandlungen die Führung übernahm, war ab Ende 2015 augenscheinlich nicht mehr in der Lage, Führungsverantwortung zu übernehmen. Die in der deutschen Öffentlichkeit unpopulären antirussischen Sanktionen und die sog. »Flüchtlingskrise« schränkten die außenpolitischen Möglichkeiten ein und beeinträchtigten das Ansehen von Bundeskanzlerin Angela Merkel erheblich, sodass Berlin sein früherer Mut verlor. Gleichzeitig stießen die Forderungen nach einem aktiveren Engagement der USA in Washington, wo die Konfliktlösung im Donbas weiter als eine europäische Angelegenheit wahrgenommen wird, auf taube Ohren.

Die Minsker Abkommen – immer noch der richtige Lösungsmechanismus?

Im Laufe der Jahre sind die Minsker Abkommen vor allem von ukrainischer Seite und von neutralen Beobachtern heftig kritisiert worden. Tatsächlich sind die technischen Mängel, wie die Unklarheit über die exakte Abfolge der einzelnen vorgesehenen Schritte oder der Mangel an Details selbst bezüglich der wichtigsten Punkte (Wahlen, Grenzmanagement, Sonderstatus), mehr als offensichtlich.

Allerdings spiegelt jedes Friedensabkommen zunächst einmal die Situation vor Ort zum Zeitpunkt seiner Unterzeichnung wider. Anfang 2015 erlitten ukrainische reguläre und freiwillige Streitkräfte schwere Verluste beim ungleichen Kampf um Debaltsewe, als reguläre russische Einheiten gemeinsam mit separatistischen Kämpfern angriffen. Zu diesem Zeitpunkt drohte der Ukraine ein weiteres Vordringen der prorussischen Kräfte tief in das Landesinnere, was den damals so fragilen postrevolutionären Staat und seine angeschlagene Wirtschaft an den Rand des Kollapses gebracht hätte. In vielerlei Hinsicht, so z. B. durch die angedachten Verfassungsänderungen zugunsten der von Russland unterstützten Rebellen, beinhaltet das zweite Minsker Abkommen daher eine antiukrainische Tendenz und könnte als Bestätigung für den strategischen Erfolg Russlands interpretiert werden.

Die in Minsk vereinbarte fragile Feuerpause legte gleichzeitig jedoch auch den Grundstein für die lang-

same Wiederherstellung der Ukraine als funktionierenden Staat, inklusive einer nun moderat wachsenden Wirtschaft. Obwohl es verständlich ist, dass die Ukrainer, angesichts ihrer jetzt reformierten und modernisierten Armee sowie einer stabilen Kontaktlinie, mit dem Geist und Inhalt von Minsk mehr als unzufrieden sind, scheint ihre Kritik geschichtsvergessen. Es ist daher anzunehmen, dass der sichtbare Erfolg des Abkommens bei der Herstellung zumindest eines »negativen Friedens«, sowie der regelmäßige Bezug der westlichen Partner der Ukraine auf das Minsker Abkommen als einzige Grundlage für weitere Fortschritte, eine Alternative zu Minsk II bis auf Weiteres unwahrscheinlich macht.

Selenskyj: Ein Friedensstifter auf wackeligem Grund

Der erdrutschartige Wahlsieg des ehemaligen Komikers Wolodymyr Selenskyj bei den Präsidentschaftswahlen der Ukraine überraschte viele. Einer der Hauptgründe für seinen Erfolg bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2019 war seine versöhnlichere Haltung gegenüber dem Donbas-Konflikt sowie seine Entschlossenheit, Frieden zu schließen. Tatsächlich hatte Amtsinhaber Poroschenko mit seiner auf »Armee, Kirche, Sprache« basierenden Wahlkampagne die öffentliche Stimmung in vielerlei Hinsicht falsch interpretiert. Die Mehrheit der Ukrainer war sowohl vom Krieg als auch von Poroschenkos Ukrainisierungskampagne ermüdet. Dennoch waren selbst viele ukrainische Beobachter irritiert, wie sehr Selenskyj vom ersten Tag seiner Amtszeit an die Konfliktregulierung priorisierte und wie schnell er – zunächst einseitige – Schritte wie den Abzug der ukrainischen Streitkräfte bei Stanyzja Luhanska bereits im Juni dieses Jahres umsetzte. Selenskyjs Argumentation lässt sich jedoch, neben der Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung, leicht erklären: Die anhaltende Konfrontation ist eine enorme Belastung für die wirtschaftliche Erholung des Landes (die sog. »Operation der vereinigten Kräfte« im Osten kostet die Regierung rund vier Millionen Euro pro Tag) und beeinträchtigt die ehrgeizige Reformagenda des neuen Präsidenten erheblich.

Doch so verständlich der politische Ansatz von Selenskyj auch sein mag, er ist nicht ohne Risiken und könnte letztendlich zum Scheitern verurteilt sein. Erstens könnte der jetzt angewandte, eilig herbeigeführte Ansatz auf Kosten einer nachhaltigeren Konfliktlösung gehen. Selenskyj ist, wie sein inzwischen veröffentlichtes Telefonat mit US-Präsident Donald Trump zeigt, ein außenpolitischer Neuling, dem bisher die Unterstützung eines professionellen außenpolitischen Apparates fehlt. Viele ukrainische Experten sehen Selenskyjs Handeln eher von Intuition als von Strategie geleitet, während sich sein Präsidentenbüro und das Außenministe-

rium mit oberflächlichen Erklärungen überbieten, wie verschiedene »Pläne« für den Frieden im Donbas aussehen könnten. Zweitens ist die öffentliche Meinung im Land zum Donbas-Konflikt viel widersprüchlicher als gemeinhin angenommen. Das könnte sich zu einer Quelle erheblicher innenpolitischer Auseinandersetzungen entwickeln, die Selenskyj ansprechen und zunächst vermitteln müsste. Während in der Tat die Mehrheit der Ukrainer fordert, dass Präsident Selenskyj dem Frieden im Donbas große Priorität einräumt (im Sommer 2019 sprachen sich laut Umfragen des Razumkow-Zentrums und der Stiftung Demokratische Initiative fast 70 Prozent der Ukrainer für einen Verhandlungsfrieden aus, sogar 20,1 Prozent »zu jedem Preis«) und dazu direkt mit Vertretern von »DNR« und »LNR« verhandelt (41 Prozent), um den Donbas wieder in die Ukraine zu integrieren (das wünschen sich 56 Prozent), ist nur eine Minderheit von 26 Prozent dazu bereit, den besetzten Gebieten einen verfassungsrechtlichen »Sonderstatus« zu gewähren oder dafür die inzwischen klar transatlantische Ausrichtung der Außenpolitik des Landes zu verwerfen (24,7 Prozent). Die Zahl der Ukrainer, die Russland als »Aggressorstaat« wahrnehmen, entspricht zudem etwa der Zahl der Ukrainer, die ein schnelles Kriegsende wollen. Darüber hinaus steht der ukrainische Präsident vor dem Problem, dass seine Unterstützungsbasis, die zwar aus mehr als zwei Dritteln der Ukrainer besteht, eine meist »stillschweigende Mehrheit« und daher viel schwieriger zu mobilisieren ist, als seine politischen Gegner (die berühmten »25 Prozent«), was bei den »Keine Kapitulation«-Protesten Mitte Oktober schon deutlich zu sehen war. Daher hat Selenskyj Poroschenkos Problem des fehlenden innenpolitischen Verhandlungsspielraums in keiner Weise überwunden, und er könnte auf ernsthafte Widerstände stoßen, sobald seine konkreten Pläne und möglichen Zugeständnisse an die gegnerische Seite klarer werden.

Letztlich ist die aktuelle öffentliche Debatte in der Ukraine über »rote Linien«, wie etwa über die außenpolitische Ausrichtung der Ukraine oder über Details, wie die besetzten Gebiete wieder in die Ukraine integriert werden sollen, in Wirklichkeit eine Diskussion über die Zukunft der Ukraine als Staat und Gesellschaft. Trotz des aktuellen Überdrusses mit Poroschenkos unveröhnlichem Konfliktlösungsansatz und seiner Ukrainisierungskampagne kann man nicht behaupten, dass der ehemalige Präsident keine überzeugende Vision für die Zukunft seines Landes hatte. In dieser wäre die Wiedereingliederung des Donbas entweder zu den Bedingungen Kiews oder gar nicht erfolgt. Dies hätte den Nexus zwischen innenpolitischen Reformen, außenpolitischer Westintegration und einer pro-ukrainischen Elitenstruktur gesichert. Selenskyj dagegen muss erst

noch zeigen, wie er so widersprüchliche Zielstellungen wie einen Verhandlungsfrieden mit Russland und den Separatisten, bei gleichzeitiger Nichteinmischung Russlands in den Reformkurs und die Außenpolitik der Ukraine, sowie eine aufgrund des eventuellen Sonderstatus deutlich diversere Elitenstruktur, miteinander vereinbaren will. Wenn er keine praktikable und überzeugende Strategie ausarbeitet, könnte die Ukraine leicht auf ihre »amorphe« Definition von Staat und Gesellschaft vor 2013 zurückfallen.

Bewegt sich Russland wirklich?

Die russische Haltung zum Konflikt und dessen Dynamik sind um Einiges schwieriger einzuschätzen. Vor allem im Umgang mit der Ukraine, aber nicht nur hier, setzte der Kreml von Anfang an nicht nur auf hybride Kriegstechniken, sondern auch auf hybride Formen der Kommunikation (Desinformation, Propaganda) und Verhandlungsführung. Präsident Putin achtet etwa genau darauf, sein Land nicht als direkte Konfliktpartei dessen darzustellen, was in Russland als innerukrainische Angelegenheit oder als »Bürgerkrieg« gilt, und hält seine Gegenspieler im Unklaren über das von Russland bevorzugte Szenario für die Ukraine. Gleichzeitig wendet er alle Mittel an, um die volle Kontrolle über die Situation zu haben. Nach Ansicht von Diplomaten erstreckt sich diese Form der Verhandlungsführung auch auf die Arbeitsebene der Trilateralen Kontaktgruppe: Russische Vertreter gehen hier oft zunächst auf einige Punkte ein, rudern kurz darauf wieder zurück und versuchen dann, den Spielball zurück ins Feld der Ukraine zu werfen, was regelmäßig alle irritiert zurücklässt. Dementsprechend besteht ein berechtigtes Misstrauen gegenüber der Glaubwürdigkeit und der konstruktiven Vorgehensweise der russischen Entscheidungsträger.

Was sich im Laufe der Jahre allerdings verändert hat, ist die Perspektive, aus der Russland auf den Konflikt im Donbas blickt. Wurde dieser zunächst als regionaler Konflikt bzw. einer um »Einflusszonen« zwischen EU-Ambitionen und russischen Großmachtinteressen betrachtet, ist der Ukraine-Konflikt inzwischen ein Puzzleteil in einer nun weltweit verfolgten Strategie des Kremls, die darauf abzielt, eine neue, multipolare Weltordnung zu schaffen. Das könnte bedeuten, dass versöhnliche Schritte der ukrainischen Seite für den Kreml nicht zur Konfliktbeilegung ausreichen oder dass Russland zumindest einen weiteren »Deal« mit dem Westen in anderen Bereichen erwartet.

Aus dieser Perspektive scheint es unwahrscheinlich, dass der Abgang von Petro Poroschenko und der Antritt des scheinbar versöhnlicheren Wolodymyr Selenskyj Einfluss auf die russische Donbas-Strategie

hatten. Dennoch gibt es einige Hinweise darauf, dass der Kreml, zumindest schrittweise, eine offenere Position in Bezug auf die Lösung des Donbas-Konflikts eingenommen haben könnte. Erstens ist deutlich geworden, dass die »Reintegration« der besetzten Gebiete in die Ukraine (wenn auch unklar, unter welchen Bedingungen genau) seit geraumer Zeit auch in Moskau Konsens ist. Zweitens scheint Wladimir Putin in letzter Zeit seinen Beraterkreis für den Konflikt erweitert zu haben. Den »Hardlinern« Wladislaw Surkow und Wiktor Medwedtschuk steht zunehmend der gemäßigtere Dmitri Kosak entgegen, der die beiden »Volksrepubliken« eher als Belastung betrachtet. Drittens begannen die von Russland gesteuerten »Separatisten« Ende Oktober tatsächlich mit der vereinbarten »Entflechtung«, zogen ihre Streitkräfte aus Solote ab und versprachen, dies auch in Petriwske zu tun, womit sie positiv auf die ukrainischen Friedensbemühungen reagierten [laut der OSZE-Mission wurde die Entflechtung in Petriwske am 13. November erfolgreich vollzogen, Anm. d. Red.].

Dennoch bleibt die Frage offen, warum Russland nun an der schnellen Lösung interessiert sein sollte, die Selenskyj anstrebt. Hält man sich vor Augen, dass sich die »DNR« und die »LNR« bereits zu einer enormen Belastung für die Entwicklung und die außenpolitischen Ambitionen der Ukraine entwickelt haben, und der Westen eine zunehmende Müdigkeit gegenüber dem Ukraine-Konflikt und den antirussischen Sanktionen erkennen lässt, so wäre die beste Kreml-Taktik im Moment wohl das Aussitzen des Konflikts. Die einzige rationale Erklärung dafür, dass Russland sich eher früher als später auf eine Konfliktregulierung zubewegt, könnte die Sorge sein, dass die fortschreitende Integration der beiden »Volksrepubliken«, insbesondere in den russischen Wirtschaftskreislauf, bereits zu weit gegangen ist und dass die Zeit für eine Reintegration allein auf Kosten der Ukraine allmählich abläuft. Am Ende könnte der Kreml allerdings auch darauf aus sein, Selenskyj und den Westen in einer kritischen Situation zu testen. Wird der junge, unerfahrene ukrainische Präsident größere Zugeständnisse machen, als sich rational erwarten ließe? Wird der sanktionsmüde Westen die ersten positiven Signale Russlands überbewerten und beginnen, die Sanktionen ohne große strategische Kosten für Russland aufzuheben?

Fazit: Knackpunkt Herrschaftsfrage

Die derzeitigen Anzeichen für eine Annäherung zwischen der Ukraine und Russland sind zweifellos eine positive und zutiefst notwendige Entwicklung. In einem Konflikt, der vor 2014 als unmöglich galt, haben insbesondere auf der ukrainischen Seite bereits zu viele Menschen ihr Leben und ihre Heimat verloren. Dass beide Seiten nun konkrete Schritte eingeleitet haben, wie z. B. die Entflechtung der Streitkräfte an drei Punkten der Kontaktlinie, spricht dafür, dass ein ernsthaftes Interesse am weiteren Fortschritt und einer Lösung des Konflikts besteht. Für große Euphorie ist es jedoch noch verfrüht. In einer Situation, in der noch immer fast jeden Tag Soldaten sterben, ist kaum zu erwarten, dass sofort Frieden einkehrt. Unabhängig von den tiefen Gräben, die nach mehr als fünf Jahren Krieg entstanden sind, scheinen sowohl die Ukraine als auch Russland jedoch noch nicht alle Vorkehrungen für einen »positiven« Frieden getroffen zu haben. In der Ukraine muss ein neuer Präsident die nationalen Interessen seines Landes erst noch ausloten und einen Umgang mit einer gut organisierten patriotisch-nationalistischen Opposition finden, die gegen jegliche Zugeständnisse ist. Für Russland hingegen könnte sich in Anbetracht der internationalen Politik, die sich zugunsten Russlands entwickelt, die Beibehaltung des Status quo zumindest für einige Zeit noch als vorteilhafter erweisen.

Abschließend müssen wir uns daran erinnern, worum es in diesem Konflikt eigentlich geht. Bis etwa zu Beginn der Euromaidan-Proteste im Jahr 2013 war die Ukraine ein klientelistischer und eng an Moskau gebundener Staat, dessen Dominanz sich über das pro-russische Netzwerk der ehemaligen »Partei der Regionen« mit ihrer Hochburg im Südosten des Landes manifestierte. Die »Revolution der Würde« hat dieses »Instrument« der russischen Herrschaft über die Ukraine gestürzt und dem Land die Möglichkeit gegeben, seine Zukunft neu – und vor allem selbst – zu kalibrieren. Mit dem Krieg in Donbas wollte die russische Außenpolitik diesen »Fehler« korrigieren und ihren Einfluss über zwei »Trojanische Pferde« (eine »DNR« und eine »LNR« mit Sonderstatus) wiedererlangen. Die wichtigste und bisher ungelöste ist daher die Herrschaftsfrage: Ist es möglich gleichzeitig Russlands Großmachtinteressen in seiner Nachbarschaft zu befriedigen und der Ukraine das Maß an Selbstbestimmung zu erhalten, das sich das Land seit 2013 erarbeitet hat?

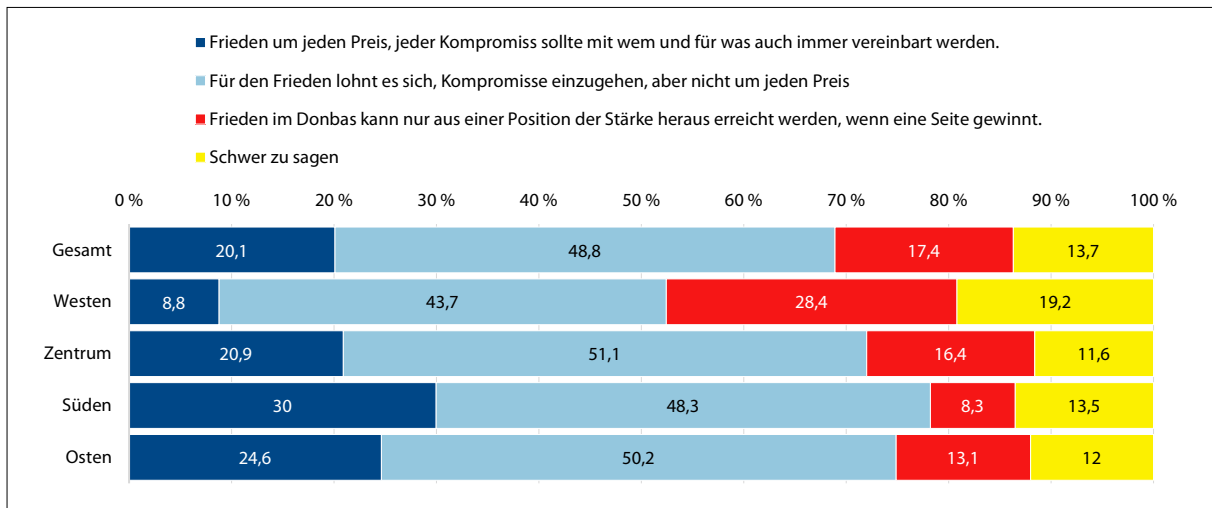
Über den Autor

André Härtel ist DAAD-Assistenzprofessor im Programm »Deutschland- und Europastudien« (DES) an der Nationalen Universität Kiewer-Mohyla-Akademie.

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

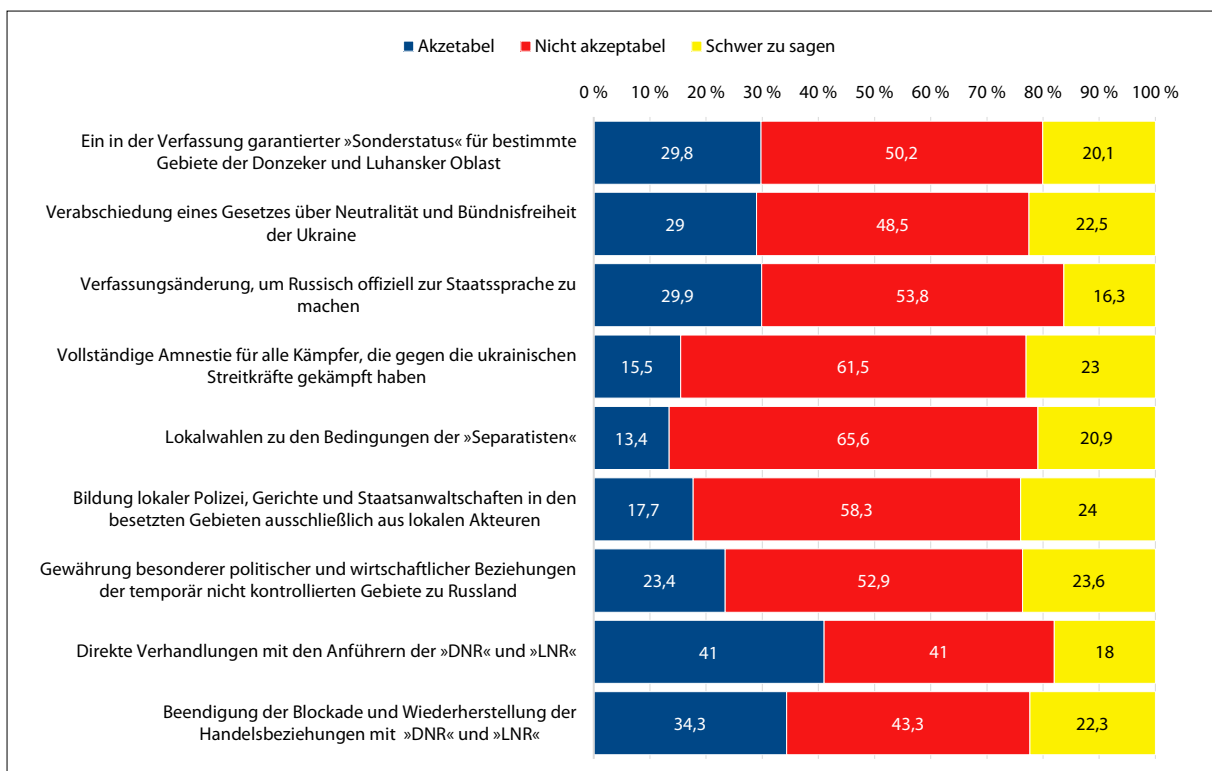
Öffentliche Meinung zum Donbas-Konflikt

Grafik 1: Derzeit laufen Verhandlungen über die Beendigung des bewaffneten Konflikts im Donbas. Sollte es Ihrer Meinung nach Kompromisse mit Russland und den »Volksrepubliken« in Donezk und Luhansk geben, um Frieden zu erreichen? (in %)



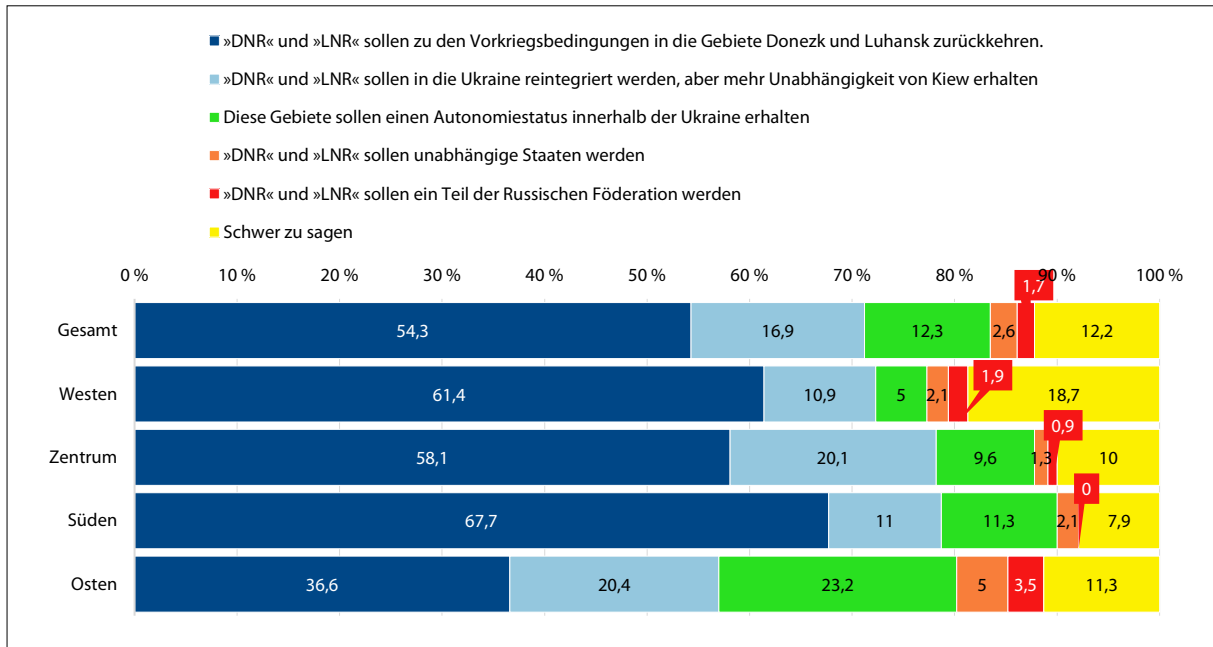
Quelle: Stiftung Demokratische Initiative, 09.07.2019, <https://dif.org.ua/en/article/the-search-for-ways-to-restore-ukraines-sovereignty-over-the-occupied-donbas-public-opinion-on-the-eve-of-the-parliamentary-elections>

Grafik 2: Welche der folgenden Kompromisse wären aus Ihrer Sicht akzeptabel, um den Krieg im Donbas zu beenden?



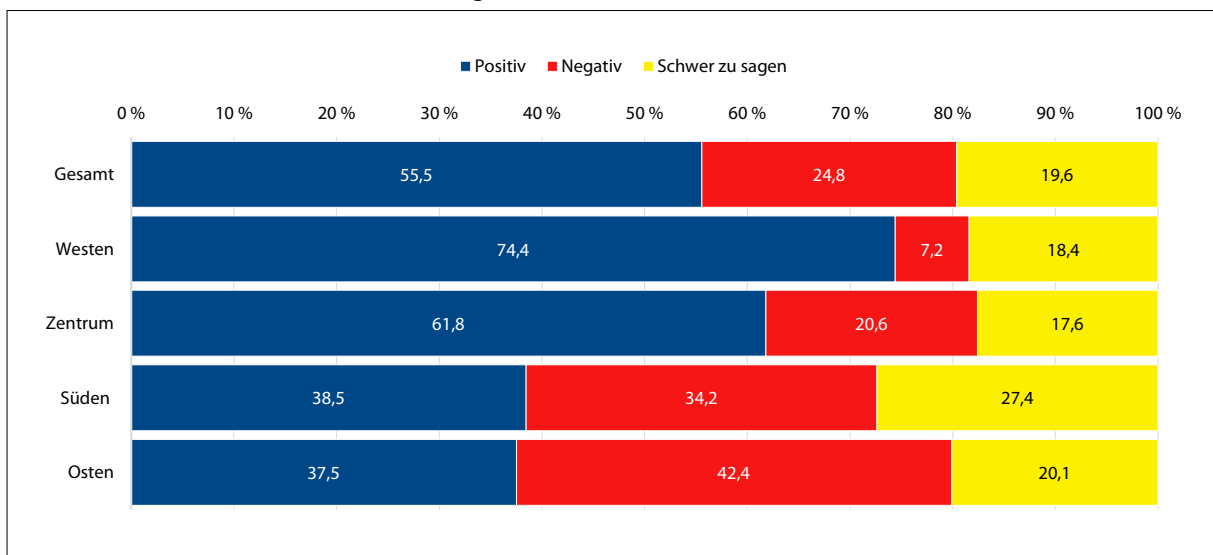
Quelle: Stiftung Demokratische Initiative, 09.07.2019, <https://dif.org.ua/en/article/the-search-for-ways-to-restore-ukraines-sovereignty-over-the-occupied-donbas-public-opinion-on-the-eve-of-the-parliamentary-elections>

Grafik 3: Welche der folgenden Versionen einer politischen Zukunft für die besetzten Gebiete bevorzugen Sie? (in %, nur eine Antwortmöglichkeit)

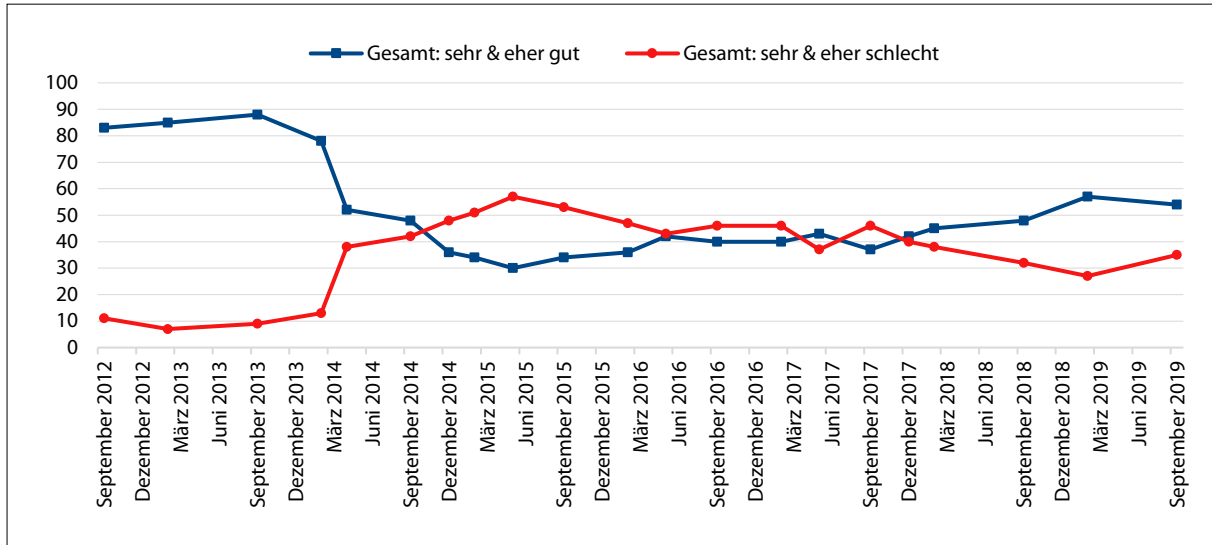


Quelle: Stiftung Demokratische Initiative, 09.07.2019, <https://dif.org.ua/en/article/the-search-for-ways-to-restore-ukraines-sovereignty-over-the-occupied-donbas-public-opinion-on-the-eve-of-the-parliamentary-elections>

Grafik 4: Wie stehen Sie zu dem Vorschlag, eine Friedensmission in die »DNR« und die »LNR« zu entsenden?



Quelle: Stiftung Demokratische Initiative, 09.07.2019, <https://dif.org.ua/en/article/the-search-for-ways-to-restore-ukraines-sovereignty-over-the-occupied-donbas-public-opinion-on-the-eve-of-the-parliamentary-elections>

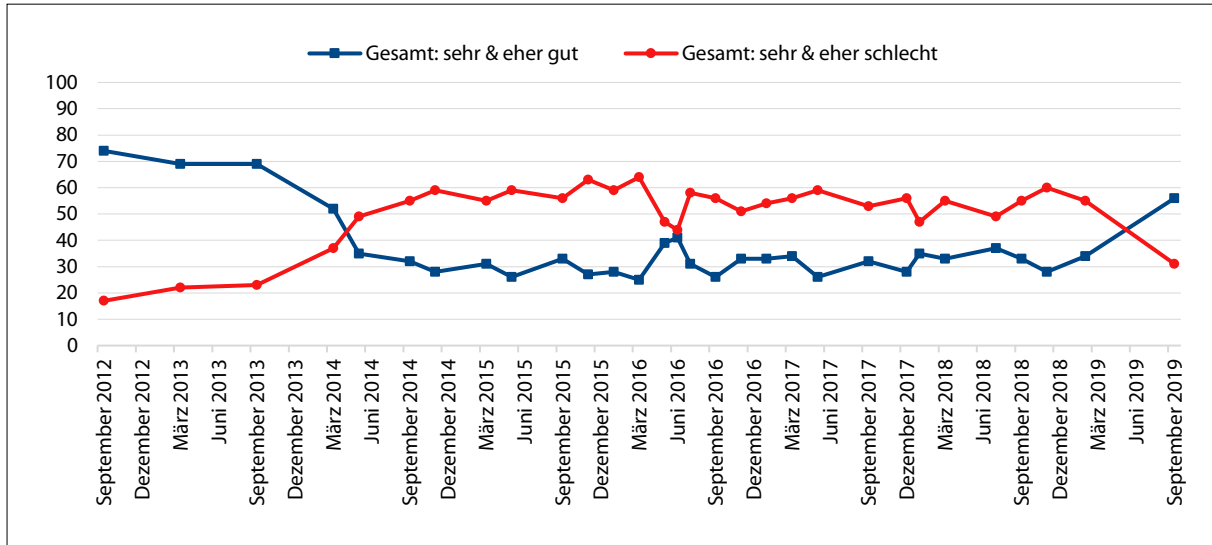
Grafik 5: Wie verhalten Sie sich aktuell zu Russland? (Umfrage in der Ukraine)

Quelle: Lewada-Zentrum, 15.10.2019, <https://www.levada.ru/2019/10/15/rossijsko-ukrainskie-otnosheniya-6/>

Tabelle 1: Wie verhalten Sie sich aktuell zu Russland? (Umfrage in der Ukraine)

	Sehr gut	Eher gut	Eher schlecht	Sehr schlecht	Schwer zu sagen
September 2012	34	49	8	3	6
Februar 2013	32	53	6	1	6
September 2013	34	54	7	2	4
Februar 2014	27	51	11	2	9
April 2014	17	35	19	19	10
September 2014	14	34	23	19	11
Dezember 2014	7	29	26	22	16
Februar 2015	7	27	24	27	15
Mai 2015	5	25	25	32	14
September 2015	9	25	22	31	13
Februar 2016	9	27	28	19	16
Mai 2016	9	33	29	14	15
September 2016	7	33	26	20	15
Februar 2017	8	32	25	21	15
Mai 2017	5	38	22	15	19
September 2017	7	30	24	22	17
Dezember 2017	6	36	24	16	19
Februar 2018	6	39	24	14	18
September 2018	10	38	19	13	19
Februar 2019	15	42	15	12	17
September 2019	16	38	19	16	12

Quelle: Lewada-Zentrum, 15.10.2019, <https://www.levada.ru/2019/10/15/rossijsko-ukrainskie-otnosheniya-6/>

Grafik 6: Wie verhalten Sie sich aktuell zur Ukraine? (Umfrage in Russland)

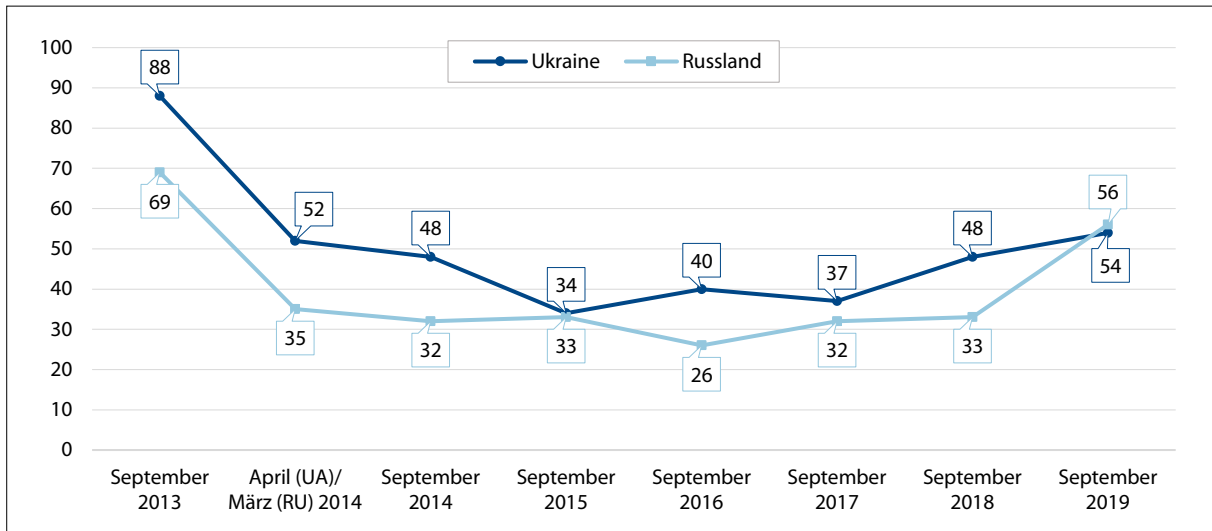
Quelle: Lewada-Zentrum, 15.10.2019, <https://www.levada.ru/2019/10/15/rossijsko-ukrainskie-otnosheniya-6/>

Tabelle 2: Wie verhalten Sie sich aktuell zur Ukraine? (Umfrage in Russland)

	Sehr gut	Eher gut	Eher schlecht	Sehr schlecht	Schwer zu sagen
September 2012	8	66	14	3	10
März 2013	8	61	19	3	9
September 2013	7	62	20	3	8
März 2014	6	46	28	9	11
Mai 2014	5	30	33	16	17
September 2014	3	29	39	16	13
November 2014	3	25	40	19	12
März 2015	3	28	34	21	13
Mai 2015	3	23	36	23	14
September 2015	4	29	36	20	11
November 2015	2	25	42	21	10
Januar 2016	2	26	37	22	14
März 2016	2	23	42	22	11
Mai 2016	4	35	37	10	13
Juni 2016	4	37	33	11	16
Juli 2016	2	29	36	22	11
September 2016	2	24	38	18	17
November 2016	3	30	35	16	16
Januar 2017	2	31	39	15	13
März 2017	3	31	36	20	11
Mai 2017	2	24	39	20	15
September 2017	3	29	33	20	15
Dezember 2017	2	26	39	17	17
Januar 2018	3	32	34	13	18
März 2018	2	31	35	20	12
Juli 2018	4	33	29	20	15
September 2018	3	30	32	23	12
November 2018	3	25	31	29	11
Februar 2019	4	30	30	25	10
September 2019	9	47	19	12	13

Quelle: Lewada-Zentrum, 15.10.2019, <https://www.levada.ru/2019/10/15/rossijsko-ukrainskie-otnosheniya-6/>

Grafik 7: Einstellung der ukrainischen Bevölkerung zu Russland und der russischen Bevölkerung zur Ukraine (% derjenigen, die »sehr« und »eher« gut über das andere Land denken)



Quelle: Lewada-Zentrum, 15.10.2019, <https://www.levada.ru/2019/10/15/rossijsko-ukrainskie-otnosheniya-6/>

KARTE

Truppenentflechtung im Donbas



Die Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland über den Gastransit: Eine Zwischenbilanz

Von Julia Kuszniir, Jacobs University Bremen

Zusammenfassung

Ende 2019 läuft der Vertrag über den Gastransit zwischen der Ukraine und Russland aus. Die Verhandlungen über einen neuen Vertrag laufen seit Längerem. Unterschiedliche Interessen, Sichtweisen und Hürden haben, trotz der Vermittlung der EU, die Unterzeichnung eines neuen Vertrages bisher verhindert. Der vorliegende Beitrag analysiert den Verlauf der bisherigen Gespräche, deren Ziele und Ergebnisse und diskutiert mögliche weitere Entwicklungen der ukrainisch-russischen Gasbeziehungen.

Einleitung

Ende des Jahres läuft nach zehn Jahren Laufzeit der ukrainisch-russische Vertrag über den Transit von russischem Gas durch die Ukraine Richtung Westen aus. Beide Länder zeigen Bereitschaft, einen neuen Vertrag auszuhandeln. In westlichen Medien wächst allerdings die Befürchtung, dass die laufenden Verhandlungen erneut zu einer Eskalation der Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine und zu einem Lieferstopp in die europäischen Länder führen könnten, wie es im Jahr 2009 der Fall war. Damals stellte Russland aufgrund fehlender Lieferverträge für fast zwei Wochen die Gaslieferungen durch die Ukraine ein. Dies führte zu erheblichen Problemen mit der Energieversorgung in mehreren europäischen Ländern. Im Januar 2009 einigten sich die Ukraine und Russland mithilfe der Europäischen Union auf zehnjährige Gaslieferungs- und Transitverträge. Allerdings wurden die Vertragsbedingungen wegen Uneinigigkeiten über die Preise für die Gasimporte, Transitgebühren und Liefervolumen wiederholt nicht eingehalten, was immer wieder zu Lieferstopps von russischem Gas in die Ukraine führte. Zudem bezieht die Ukraine seit November 2015 kein Gas mehr direkt aus Russland.

Seit mehreren Monaten laufen Verhandlungen zwischen der Ukraine, Russland und der EU-Kommission. Trotz der Vermittlungsbemühungen der westlichen Diplomaten sind die Gespräche bisher kaum vorangekommen, da die Ziele, Sichtweisen und Erwartungen beider Länder zu unterschiedlich sind.

Der vorliegende Beitrag stellt kurz die wesentlichen Streitigkeitspunkte vor und erläutert die Ausgangspositionen beider Länder in den Verhandlungen. Danach analysiert der Beitrag den Verlauf der bisherigen Gespräche, deren Ziele und Ergebnisse und diskutiert abschließend mögliche Szenarien für die Zukunft der ukrainisch-russischen Gasbeziehungen.

Die bilateralen Gasbeziehungen nach 2009

Laut dem Gaslieferungsvertrag, der im Januar 2009 von der damaligen ukrainischen Ministerpräsidentin

Julija Tymoschenko und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin für einen Zeitraum von zehn Jahren abgeschlossen wurde, verpflichtete sich der staatliche ukrainische Energiekonzern Naftohas dazu, jährlich 52 Milliarden Kubikmeter Gas vom staatlichen russischen Gazprom-Konzern abzunehmen. Davon waren 41,6 Milliarden Kubikmeter Gas mit einer »Take-or-Pay«-Klausel abgesichert. Diese Abnahmemenge musste Naftohas in jedem Fall bezahlen – unabhängig davon, ob das Unternehmen tatsächlich so viel Gas abnahm, oder nicht. Gazprom erhielt zudem das Recht, im Falle einer Reduktion der Abnahme russischen Gases, hohe Geldstrafen von Naftohas zu verlangen. Für die Gaslieferungen wurde ein Preis vereinbart, der auf 450 US-Dollar pro 1.000 Kubikmeter basierte; allerdings gab es darauf einen Rabatt von 20 Prozent.

Gazprom hat sich wiederum im bilateralen Transitvertrag verpflichtet, jährlich mindestens 110 Milliarden Kubikmeter Gas durch die Ukraine nach Europa zu pumpen. Im Falle der Nichteinhaltung der Vertragsbedingungen hat sich jede Seite dazu bereit erklärt, der anderen Seite den nachgewiesenen Schaden zu begleichen.

Ab 2011 begann die Ukraine aus verschiedenen Gründen, ihren Gasbedarf und damit die Gasimporte aus Russland kontinuierlich zu reduzieren. Infolgedessen sank die Abnahme von russischem Gas, von 40 Milliarden Kubikmeter im Jahr 2011 auf 28 Milliarden Kubikmeter im Jahr 2013. Russland reagierte darauf mit der Verschärfung der Vertragsbedingungen, allerdings ohne großen Erfolg.

Die Energiebeziehungen verschlechterten sich weiterhin im Zuge der russischen Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim im Jahr 2014 und dem militärischen Konflikt im Donbas. Gazprom schaffte damals die gewährten Preisrabatte auf Gaslieferungen ab und erhöhte die Gaspreise signifikant. Die ukrainische Regierung reagierte darauf unter anderem mit der Einstellung der Gaslieferungen in die betroffenen Regionen und mit der weiteren Senkung der russischen Gasim-

porte, wodurch sich 2014 die Gasimporte auf 14,5 Milliarden Kubikmeter Gas verringerten. Im November 2015 stellte Naftohas den direkten Kauf von russischem Gas dann wie erwähnt komplett ein. Stattdessen setzte das Unternehmen in den letzten Jahren auf den »Reverse Flow« und bezog russisches Gas, das eigentlich für den europäischen Markt vorgesehen war, überwiegend aus der Slowakei – ohne direkt bei Gazprom einzukaufen.

Mit der Inbetriebnahme der von Russland über die Ostsee direkt nach Deutschland verlaufenden Nord Stream-Pipeline begann Gazprom 2011, seine Gaslieferungen nach Europa durch die Ukraine schrittweise zu reduzieren. Das rief auf der ukrainischen Seite große Proteste hervor und verletzte die Vertragsvereinbarungen über den Gastransit.

Als Ergebnis warfen sich beide Seiten gegenseitig Vertragsbruch vor und zogen vor das Schiedsgericht in Stockholm. 2017 beliefen sich die Forderungen von Gazprom gegen Naftohas im Stockholmer Schiedsverfahren auf 37 Milliarden US-Dollar und die Forderungen von Naftohas gegen Gazprom auf 27 Milliarden US-Dollar.

Im Dezember 2017 verkündete das Stockholmer Schiedsgericht seine erste Entscheidung, und zwar bezüglich der russischen Gaslieferungen an die Ukraine. Es ordnete Naftohas an, rund zwei Milliarden US-Dollar an Gazprom zu zahlen und den Gaskauf aus Russland wieder aufzunehmen. Außerdem wurde angeordnet, den obligatorischen »Take-or-Pay«-Gasumfang von 41,6 Milliarden Kubikmeter auf vier Milliarden Kubikmeter pro Jahr zu reduzieren. Darüber hinaus wurden die finanziellen Schadenersatz-Forderungen von Gazprom von 37 Milliarden US-Dollar auf 2 Milliarden US-Dollar reduziert. Zudem ordnete das Schiedsgericht Gazprom an, die Lieferpreisformel zu überarbeiten und den Gaspreis für seine Lieferungen in die Ukraine an die europäischen Marktpreise anzupassen.

Im Februar 2018 folgte die zweite Entscheidung des Stockholmer Schiedsgerichtes, diesmal bezüglich des Transits russischen Gases nach Europa über ukrainisches Territorium. Das Gericht verpflichtete Gazprom zu einer Schadensersatzzahlung in Höhe von 4,6 Milliarden US-Dollar (d. h., netto 2,6 Milliarden US-Dollar), die das russische Unternehmen wegen nicht erfüllter Gastransitlieferungen an Naftohas zahlen müsse.

In Reaktion darauf reichte Gazprom im Sommer 2019 eine Gegenklage beim Stockholmer Schiedsgericht ein. Die Entscheidung des Gerichts steht kurz bevor und soll noch im November erfolgen. Außerdem teilten Vertreter des russischen Gasmonopolisten mit, dass sie dazu bereit wären, die auslaufenden Verträge mit Naftohas aufzukündigen und sie nicht zu verlängern, falls die Interessen Russlands nicht berücksichtigt würden.

Der stellvertretende Leiter von Naftohas teilte wiederum Anfang November mit, dass sein Unternehmen auf die Klage von Gazprom mit einer Gegenklage in Höhe von 12 Milliarden US-Dollar reagiert hat und wies darauf hin, dass dieser Betrag eine Entschädigung für die mögliche Beendigung des russischen Gastransits sei. Welche Konsequenzen diese jüngste Entwicklung für den weiteren Verlauf der bilateralen Verhandlungen über den neuen Transitvertrag haben wird, lässt sich zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht genau sagen.

Die Streitpunkte der aktuellen Transitverhandlungen

Derzeit werden verschiedene Optionen für den Gastransit ab 2020 diskutiert. Alle russischen Vorschläge konzentrieren sich dabei auf drei Voraussetzungen:

1. Russland wäre bereit für einen neuen Vertrag, wenn Naftohas alle Klagen, einschließlich der Forderung nach Schadensersatzzahlung in Höhe von 4,6 Milliarden US-Dollar, vollständig einstellt.
2. Die Ukraine soll das Gas wieder direkt bei Gazprom einkaufen (statt wie aktuell per »Reverse-Flow« zu beziehen) und dafür ein Abkommen mit Gazprom unterzeichnen. Dafür wäre die russische Seite bereit, die vereinbarte Gasmenge zu einem Preis zu liefern, der 20 Prozent unter dem Preis liegt, den die Ukraine aktuell für ihre Gasimporte per »Reverse Flow« an die Slowakei etc. zahlt.
3. Die Ukraine soll das Dritte Energiepaket der EU zur Liberalisierung der Gasmärkte bis Ende 2019 komplett umsetzen.

Die letzte Voraussetzung ist auch im Sinne der Ukraine selbst, da Kiew in Energiefragen eine intensive Zusammenarbeit mit der EU anstrebt. Als Mitglied der Energy Community, die die EU mit einigen osteuropäischen Staaten für die Etablierung eines einheitlichen Energiemarkts gegründet hat, verpflichtete sich die Ukraine unter anderem dazu, Naftohas gemäß EU-Recht in drei unabhängige Unternehmen aufzuteilen, die für Produktion, Transport und Vertrieb zuständig sind. Der entsprechende Gesetzentwurf wurde im September 2019 in erster Lesung vom Parlament genehmigt. Laut Entwurf soll ein neuer Leitungsbetreiber, »Mahistralnyje Hasoprowody Ukraini« (MGU) etabliert und der Aufsicht des Finanzministeriums unterstellt werden. Dem neuen Unternehmen soll das nationale Gastransportsystem, einschließlich der Untergrundspeicher, übertragen werden.

Der neue Leitungsbetreiber muss den europäischen Regeln zufolge seine Kapazitäten nach dem Auktionsprinzip anbieten. Gazprom erwägt aktuell, die benötigten Kapazitäten für die Gasdurchleitung auf der Auktionsplattform zu reservieren, ohne einen neuen

langfristigen Transitvertrag zu unterzeichnen. Allerdings ist die auktionenbasierte Option für die ukrainische Regierung nicht sehr attraktiv, weil sie mit weniger Planungssicherheit für die Gaslieferungen verbunden ist.

Damit der Leitungsbetreiber MGU seine Aufgaben erfüllen kann, muss er zunächst einen europäischen Zertifizierungsprozess durchlaufen. Dieser Zertifizierungsprozess wird nach Expertenschätzungen vermutlich mindestens sechs Monate dauern. Die Europäische Kommission hat sich dazu bereit erklärt, die Ukraine dabei zu unterstützen. Gleichzeitig besteht Moskau auf ein eigenes Gutachten und darauf, dass es eine eigene juristische Expertise in Bezug auf die mit dem Zertifizierungsprozess zusammenhängende europäische Gesetzgebung durchführt. Falls es dazu käme, würde das ebenfalls viel Zeit in Anspruch nehmen. In diesem Zusammenhang gibt es Bedenken, dass der ukrainische Pipelinebetreiber nicht dazu in der Lage wäre, seine Arbeit wie geplant am 1. Januar 2020 aufzunehmen. Moskau hat bereits angekündigt, dass Russland in diesem Fall bereit wäre, das auslaufende Transitabkommen für einen kurzen Zeitraum zu verlängern.

Die EU-Kommission und die Ukraine lehnen diese Option jedoch ab. Sie argumentieren, dass eine Verlängerung rechtlich nicht möglich wäre, weil nicht mehr Naftohas, sondern der neue Pipelinebetreiber MGU für den Transit zuständig sei. Stattdessen schlagen sie Russland einen Transitvertrag über zehn Jahre oder länger vor mit einem Volumen von 40 bis 60 Milliarden Kubikmetern Gas jährlich und einer »Ship-or-Pay«-Klausel. Diese Klausel sieht vor, dass Gazprom sich verpflichtet, den vereinbarten Gasumfang durch das ukrainische Pipelinesystem zu pumpen und die entsprechenden Transitgebühren zu zahlen – auch im Falle einer Verringerung der Liefermenge. Außerdem soll Russland die Lieferung von zusätzlich flexiblen Gasmengen jährlich garantieren. Und die Transittarife sollen nicht mehr bilateral, sondern nach europäischen Regeln bestimmt werden. Darüber hinaus räumt die EU-Kommission ein, dass Gazprom zunächst die Kapazität des ukrainischen Systems für die ersten sechs Monate 2020 reservieren könnte, aber danach ein längerfristiger Transitvertrag abgeschlossen werden sollte. Die Anforderung von Moskau, die Schuldzahlungen zu annullieren, lehnen sowohl die Ukraine als auch die EU-Kommission kategorisch ab. Ein langfristiger Transitvertrag, der auf europäischen Regeln basiert, ist von großer Bedeutung für Kiew, da er zum einen als wichtige Absicherung für die Einnahmen von Transitgebühren für den Staatshaushalt gesehen wird. Zum anderen erhofft sich Kiew dadurch zusätzlichen Schutz für die nationale Sicherheit – und Druckmechanismen gegen die aggressive Politik Moskaus gegenüber der Ukraine.

Dies entspricht aber nicht den russischen Interessen. Gazprom rechnet damit, dass seine zwei neuen Pipelines – die parallel zu Nord Stream 1 (NS1) verlaufende Nord Stream 2 (NS 2) Pipeline mit einer Kapazität von 55 Milliarden Kubikmetern Gas pro Jahr sowie die durch das Schwarze Meer verlaufende TurkStream-Pipeline mit einer Kapazität von 31,5 Milliarden Kubikmetern Gas – das ukrainische Transitnetz schon Anfang nächsten Jahres ersetzen werden. Allerdings gehen aktuelle Expertenprognosen davon aus, dass NS2 zumindest 2020 nur zur Hälfte ausgelastet sein wird.

Darüber hinaus hat Gazprom schon 2016 damit begonnen, die Gastransportinfrastruktur, die Gas an die ukrainische Grenze liefert, schrittweise stillzulegen. Bis 2030 sollen Pipelines mit einer Gesamtlänge von mehr als 10.000 Kilometern aus dem Betrieb genommen werden, sodass praktisch keine Gastransporte aus Russland in die Ukraine mehr möglich wären.

Weitere mögliche Entwicklungen

Die nächste Verhandlungsrunde zwischen der EU-Kommission, der Ukraine und Russland soll Ende November stattfinden. Allerdings geht Gazprom geschwächt in diese Runde, trotz der jüngst erteilten Genehmigung aus Kopenhagen, die NS2-Pipeline vor der dänischen Insel Bornholm verlegen zu dürfen. Nach einem Urteil des Gerichts der Europäischen Union (EuG) im September verlor das Unternehmen die Möglichkeit, einen Teil der Kapazitäten der OPAL-Gaspipeline zu nutzen. Diese Pipeline ist die Verlängerung der NS1-Pipeline und transportiert russisches Gas vom Anlandepunkt in Lubmin über Brandenburg und Sachsen nach Tschechien. Die EuG-Entscheidung zwang Gazprom dazu, seine Gaslieferungen über die OPAL-Pipeline nach Mitteleuropa zu halbieren. Der Verlust wird aktuell durch den Transit über ukrainische Pipelines kompensiert. Auch die Tatsache, dass bis Ende des Jahres, wenn der Transitvertrag mit der Ukraine ausläuft, weder Nord Stream 2 noch TurkStream fertiggestellt sein werden, schwächt die russische Verhandlungsposition. Ohne diese beiden Leitungen und unter Berücksichtigung der EuG-Entscheidung über OPAL wird Gazprom im kommenden Jahr bis zu 80 Milliarden Kubikmeter Gas durch die Ukraine pumpen müssen. Erst nach Inbetriebnahme der zwei neuen Pipelines wird das Volumen auf 20–30 Milliarden Kubikmeter sinken können.

Darüber hinaus stellen das sogenannte »Dritte Energiepaket« der EU und insbesondere die im April 2019 geänderte Gasrichtlinie Gazprom vor die Notwendigkeit, das Agieren auf dem europäischen Gasmarkt grundlegend zu ändern. Das betrifft vor allem NS2. Denn zu den wichtigsten EU-Vorgaben zählen die eigentumsrechtliche Entflechtung und der Zugang

für Dritte zu der Pipeline. Gegenwärtig erfüllt die NS2-Pipeline diese zwei Anforderungen nicht. Um sie zu erfüllen, müsste Gazprom zunächst einen unabhängigen Betreiber schaffen. Die deutsche Regulierungsbehörde (Bundesnetzagentur) müsste dann entscheiden, ob dieser Betreiber tatsächlich unabhängig von Gazprom arbeitet. Im nächsten Schritt muss diese Entscheidung von der EU-Kommission genehmigt werden. Gazprom, hundertprozentiger Eigentümer von NS2, wehrt sich dagegen, weil diese Entflechtung die Rentabilität des Milliardenprojekts erheblich belasten würde. Medienberichten zufolge hat Gazprom in die Trickkiste gegriffen und eine Gesellschaft gegründet, in die ein Teilstück der Pipeline, das die letzten zwölf Seemeilen umfasst, ausgelagert werden kann. Dies geschieht mit der Unterstützung der deutschen Regierung, die aktuell versucht, die Übertragung von EU-Vorschriften in nationales Recht bezüglich NS2 aufzuweichen. [Am 13.11.2019 beschloss der Bundestag die Umsetzung der EU-Gasrichtlinie in nationales Recht, schuf jedoch zugleich eine Möglichkeit für Ausnahmeregelungen, die im Einzelfall geprüft werden müssen und Unternehmen von bestimmten Vorschriften der Richtlinie befreien könnten, Anm. d. Red.] Experten schließen einen Rechtsstreit mit der EU-Kommission diesbezüglich nicht aus.

In diesem Rahmen könnten auch die Gegner der Pipeline, einschließlich der baltischen Staaten und Polen, zu Wort kommen, was das Verfahren kompliziert und schwer vorhersehbar machen könnte. Auch die USA beteiligen sich aktiv an der Debatte und versuchen durch die Androhung von Sanktionen, die Fertigstellung von NS2 zu verhindern.

Wie die jüngste Entscheidung des EuG bezüglich des Gastransports durch die OPAL-Pipeline zeigt, können die NS2-Gegner Gazproms Strategie zunichtemachen. Ein ähnlicher Rechtsstreit droht auch der sich aktuell im Bau befindenden EUGAL-Pipeline, die weitgehend parallel zu OPAL verläuft und für den Transit von NS2-Gas nach Tschechien vorgesehen ist.

Falls die Verhandlungen sich noch über den Jahreswechsel hinziehen, könnte es im Extremfall zu Lieferunterbrechungen kommen. Die Ukraine bereitet sich für dieses Worst-Case-Szenario vor. Naftohas hat seine Gasspeicherbestände auf 21,6 Milliarden Kubikmeter erhöht und geht davon aus, dass die Ukraine den kommenden Winter auch ohne russisches Gas überstehen würde. Hier ist wichtig anzumerken, dass es Kiew in den letzten Jahren bereits gelungen ist, durch seine Diversifizierungsstrategie das russische Gasmonopol auf dem ukrainischen Markt zu brechen. 2017 importierte die Ukraine 8,6 Milliarden Kubikmeter Gas aus der Slowakei. Die Exportkapazität von Gas aus Polen in die Ukraine soll in den kommenden Jahren von aktuell etwa zwei Milliarden

Kubikmetern auf mehr als sechs Milliarden Kubikmeter ausgebaut werden. Die Umsetzung von EU-Projekten zum Ausbau der notwendigen Gaspipeline-Verbindungen und von LNG-Importterminals soll die Diversifizierung weiter vorantreiben und die Ukraine stärker ins europäische Gasnetz integrieren. Demnächst wird die Ukraine auch Flüssiggas-Lieferungen aus den USA erhalten, die konkurrenzfähige Preise und mehr Flexibilität durch kurzfristige Spotmarktpreise bieten werden. Diese Entwicklungen werden die Energiesicherheit des Landes verbessern und Kiews Position in den Verhandlungen gegenüber Russland wesentlich stärken.

Fazit

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Ukraine für Gazprom weiterhin von Bedeutung bleiben wird. Das ukrainische Transitsystem bietet Flexibilität und Zuverlässigkeit bei akuten Nachfragesteigerungen oder -senkungen in europäischen Ländern. Denn wegen der Schließung von Gasfeldern in den Niederlanden, der angestrebten Dekarbonisierung und dem Ausbau erneuerbarer Energien wird die europäische Nachfrage mittelfristig schwerer vorzusehen sein, was einer flexibleren Strategie bedarf. Dies können die neuen Pipelines NS2 und TurkStream nicht garantieren.

Außerdem verfügt die Ukraine über enorme Speicherkapazitäten, die für Gazprom wichtig sind, da das Unternehmen das volle Potenzial der neuen Pipelines wegen der aktuellen Nutzungseinschränkungen nicht ausschöpfen kann. Die europäischen Rahmenbedingungen verlangen eine radikale Umstrukturierung, zu der Gazprom derzeit nicht bereit scheint: Eine eigentumsrechtliche Entflechtung und der Zugang Dritter zu den Pipelines werden mittel- bis langfristig nicht zustande kommen. Daher sind neue Rechtsstreitigkeiten mit der EU und weitere Einschränkungen für Gazproms Gasexporte nach Europa nicht auszuschließen. Falls es bis Ende des Jahres keinen neuen Transitvertrag mit der Ukraine geben sollte, muss Gazprom sich außerdem auf massive Klagen europäischer Verbraucher einstellen, was zu erheblichen finanziellen Belastungen führen könnte. Daher würden mögliche Unterbrechungen der Gaslieferungen nicht nur für die Ukraine große Verluste an Transitgebühren bedeuten, sondern auch für Gazprom.

Gleichzeitig baut die Ukraine mithilfe einer Diversifizierungsstrategie ihre Abhängigkeit von Gazprom weiterhin massiv ab. Dies bedeutet für Gazprom nicht nur einen Marktverlust, sondern auch den Verlust wichtiger Einnahmen. Darüber hinaus wird es Gazprom schwer haben, mit steigenden LNG-Lieferungen auf dem europäischen Markt zu konkurrieren. Gazprom braucht die Ukraine daher, um den Marktanteil auf dem europäischen Markt stabil zu halten.

Daher ist davon auszugehen, dass ein neuer Transitvertrag in absehbarer Zeit unterzeichnet wird. Die Vertragsdauer und die genauen Bedingungen werden stark davon abhängen, ob die Ukraine es schafft, die EU-Regeln rechtzeitig umzusetzen, ob sich die Vertragspartner bezüglich direkter Gaslieferungen einigen und

ob in der Frage der Strafzahlungen eine für beide Seiten akzeptable Lösung gefunden wird. Nicht zuletzt werden dabei auch die politischen Entwicklungen in beiden Ländern und die Kompromissbereitschaft ihrer politischen Eliten eine große Rolle spielen.

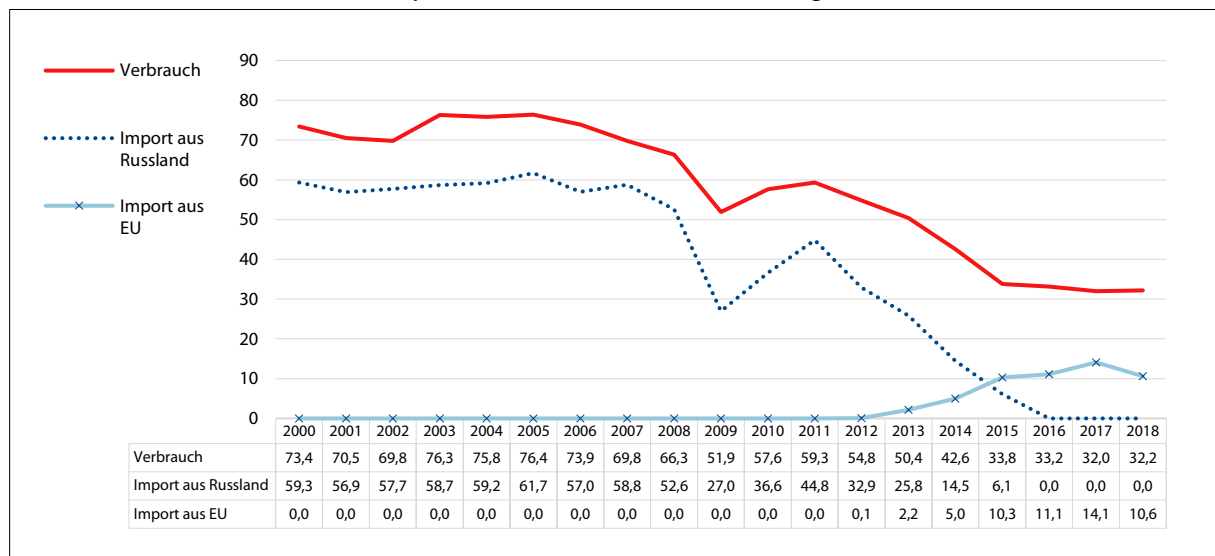
Über die Autorin:

Dr. Julia Kusznir arbeitet als Postdoctoral Fellow bei Bremen Energy Research an der Jacobs University Bremen. In ihrer Forschung beschäftigt sie sich unter anderem mit nationaler und europäischer Energiepolitik mit Schwerpunkt auf Gas, erneuerbare Energien und Elektrizität; Energiesicherheit und ihre Auswirkungen auf die europäische Politik sowie Energiepolitik in Mittel- und Osteuropa.

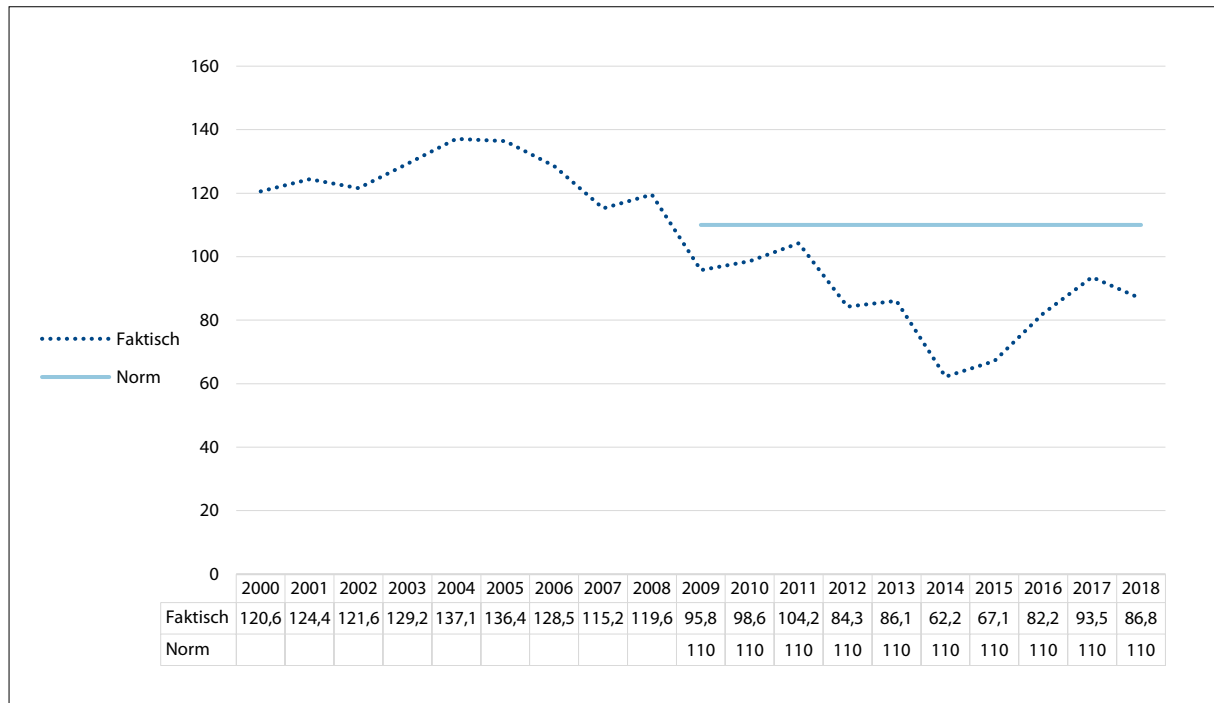
TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Gasimport und -transit

Grafik 1: Gasverbrauch und Gasimport der Ukraine 2000–2018 laut Naftogaz (in Mrd. m³)



Quelle: Naftogaz Ukrainy, <http://www.naftogaz-europe.com/>

Grafik 2: Gastransit durch die Ukraine 2000–2018 laut Naftogaz (in Mrd. m³)

Quelle: Naftogaz Ukrainy, <http://www.naftogaz-europe.com/>

DEKODER

Interview mit Oleh Senzow: »Je weiter weg von Russland, desto besser«

Das folgende Interview erschien ursprünglich am 6. November auf »Sobesednik.ru« und wurde von deko-der ins Deutsche übersetzt und am 14. November veröffentlicht.

Einleitung von deko-der

Der ukrainische Regisseur Oleh Senzow war fünf Jahre in russischer Haft. Im September 2019 kam er frei durch einen Gefangenenaustausch. In einem der wenigen Interviews bisher spricht der ukrainische Filmemacher mit Dimitri Bykow über die Krim, über Putins Perspektiven und darüber, was Russland und die Ukraine ganz grundlegend unterscheidet.

Dimitri Bykow: Oleh, was hat Putin gegen Sie persönlich?

Oleh Senzow: Ich halte mich nicht für so wichtig. Er hat ja nicht nur mich festgehalten, viele andere hält er bis heute fest. Ich glaube nicht, dass persönliche Abneigung eine Rolle spielt. Vielleicht, wenn er alle freigelassen hätte außer mir ...

Aber er kann Sie trotzdem überhaupt nicht leiden.

Das beruht auf Gegenseitigkeit.

Aber Sie würden ihn leben lassen?

Er hat mich ja nicht umgebracht. Aber ich träume davon, ihn in Den Haag zu sehen, hinter so einer, wie sagt man ...

Hinter Gittern?

Nein, hinter der Glasscheibe. Das würde ich gerne sehen.

Denken Sie, das wird bei uns [in Russland – dek] noch lange so weitergehen? Hat er noch viel Zeit?

Es gibt eine einfache Zahl: 2024. Sie schien mal sehr weit weg, aber mit jedem Jahr rückt sie näher. Das ist praktisch übermorgen.

Wann genau war die Krim verloren? Das Militär sagt, hätte es einen Befehl gegeben, dann hätte es Widerstand geleistet.

Das hätte gar nichts gebracht. Selbst wenn es einen Befehl gegeben hätte – hätte das Militär denn Widerstand leisten können? Hätte ich die militärischen Einheiten dort nicht gesehen, hätte ich mir vielleicht Illusionen gemacht. Aber da konnte von Kampfbereitschaft keine Rede sein. Und das war allen wohl bewusst.

Kein Kommando, kein noch so fester Wille, keine politische Entscheidung hätte bei diesem Zustand der Armee was ausrichten können. Also war das [der ausbleibende militärische Widerstand – dek] keine Absage ans Blutvergießen. Vielmehr hatte Janukowitsch die Armee schon vorher ruiniert ... Schon da war alles verloren. Dass man etwas hätte tun können – dieses Gefühl gab es höchstens in den ersten paar Tagen.

Nein. Die Annexion der Krim war keine spontane Entscheidung von Putin. In den Stabsquartieren liegen immer Pläne bereit für den Fall einer solchen politischen Entscheidung: Putin schnippt mit den Fingern, und man bringt ihm eine Karte. Nichts Besonderes – Kriegsspiele sind das tägliche Brot der Stabsoffiziere des Generalstabs und des FSB ... Ich bin sicher, dass da auch Pläne für Charkiw liegen ... ach was, für die ganze Ukraine.

Die Krim gehörte zu den Zielen, aber die politische Entscheidung ist gefallen, als Janukowitsch geflohen war. Putin war überzeugt, dass hinter allem die Amerikaner stecken. Das ist sein verzerrtes Weltbild: Alles geschieht nur, um ihm persönlich zu schaden. In diesem Fall – um die Olympischen Spiele zu ruinieren. Also hat er sich gesagt: Wenn ihr mir so kommt, dann komm ich euch so.

Warum wurden Sie überhaupt verhaftet? War das möglicherweise auch von langer Hand geplant?

Das war reiner Zufall. Die Jungs, die sie da gefasst hatten, haben einfach alle Namen genannt, die sie kannten; und ich war immerhin erwachsen, ein Regisseur, ich war auf dem Maidan ...

Zuerst hat die Polizei wegen Rowdytums gegen mich ermittelt, dann hat sich der FSB eingeschaltet und sich diese bescheuerte Formulierung ausgedacht: » ... mit dem Ziel, Druck auf die Machtorgane auszuüben und den Austritt der Krim aus der Russischen Föderation zu organisieren«.

Fangen die sofort an zu foltern?

Man nennt das »heißes Verhör«. Ein Standardverfahren, damit der Gefangene keine Chance hat, den Schock zu überwinden. Keinerlei Anwälte, versteht sich.

Wurden damals auf der Krim die [russischen] Pässe zwangsweise ausgestellt?

Es hieß: Wer nicht innerhalb eines Monats schriftlich Einspruch erhebt, wird automatisch russischer Staatsbürger. Ich bin nicht hingegangen und hatte es auch nicht vor, weil das für mich eine Okkupation war: Was soll ich mit einem Dokument des Besatzungsregimes? Warum soll ich in meinem Land, der Ukraine, gegen irgendwas Einspruch erheben? Ich brauche keine Abmachungen mit Okkupanten.

Haben Sie immer noch den ukrainischen Pass?

Ja, klar, wo soll er denn hingekommen sein? Sie haben versucht, mir den russischen anzudrehen. Selbst im Gefängnis haben sie versucht, dass ich quasi zufällig eine Bestätigung unterschreibe. Aber ohne Erfolg.

Mein Eindruck war, dass Sie sich irgendwann aufs Sterben vorbereitet haben. Vielleicht am zwanzigsten oder dreißigsten Tag des Hungerstreiks ...

Das war Ihr Eindruck. Ich bin kein Selbstmörder. Ich hatte nicht vor zu sterben. Das war eine Art Berufsrisiko: Wenn man zum Angriff übergeht, rechnet man mit der Möglichkeit, getötet zu werden. Aber man will zum Ziel kommen. Das war eine kalkulierte, in gewissem Sinn sogar eine künstlerische Aktion: Ich habe das [den Beginn des Hungerstreiks – dek] bewusst mit dem Beginn der Fußball-WM abgestimmt, damit es wahrgenommen wird.

Ich wusste, dass ich mindestens einen Monat durchhalten würde und der Höhepunkt auf das Finalspiel fallen muss. Etwa 20 Tage vorher habe ich angefangen, meine Nahrungsaufnahme zu reduzieren.

Ich habe mir gerade Losnitzas Spielfilm Donbass noch einmal angeschaut, der auf dokumentarischem Material basiert, Sie haben ihn bestimmt gesehen ...

Nein, noch nicht, aber ich habe viel gehört.

Hier [in der Ukraine – dek] wirkt er ganz anders als in Russland. Ich verstehe nicht, wie jemand, der diesen Film gesehen hat oder einfach mit der Realität im Donbass einigermaßen vertraut ist, nicht mit Fäusten auf die Moskauer losgeht. Auf mich, zum Beispiel.

Die Menschen hier sind eben anders, das ist unsere Schwäche und unsere Stärke. Manche würden sicher gern auf Sie losgehen. Andere empfangen Sie mit offenen Armen, als Freund, der dort drüben auch kämpft ... Die Ukraine ist keine homogene Gesellschaft. Das ist gut, weil uns niemals ein Diktator unterworfen wird, ein Putin ist bei uns undenkbar. Aber es ist auch schlecht, weil wir uns ständig untereinander bekriegen. Das spielt Putin in die Hände.

Sie denken also, es kann keinen ukrainischen Putin geben? Einen stillen Silowik ...

Nein, unmöglich. Die Menschen hier sind ganz anders. So etwas wird es hier nicht geben, nicht annähernd.

Das haben wir auch gedacht, bis ungefähr 1996 ...

Ihr habt die Befreiung 1991 erlebt, so wie wir 2004. 1993 habt ihr eure internen Auseinandersetzungen gehabt, einen Putsch, danach ging es bergab: Tschetschenien, das hätte die Gesellschaft wachrütteln sollen, aber stattdessen hat es sie nur tiefer reingeritten. Das, was euch hätte verändern sollen, hat euch auf einen schlechten Weg geführt. Der Putsch von 1993 und zwei Tschetschenien-Kriege – daraus ist Putin entstanden. Bei uns war alles anders.

Könnte Putin einen großen Krieg beginnen, wenn es ganz schlecht für ihn läuft?

Es läuft doch gut für ihn. Zum Glück ist er kein Irrer und auch kein Führer, der Millionen im Namen einer Idee vernichten will. Er will einfach mit möglichst geringen Verlusten alles rausholen, was geht. Aber für diese Ambitionen bezahlen wir mit Tausenden von ukrainischen Leben. Das ist die Tragödie.

Ihr habt einfach ein völlig anderes Verhältnis zu diesem Krieg. Ich war fünf Jahre lang in Russland: Man hat dort nicht das Gefühl, dass Putin diesen Krieg entfacht und bis heute 13.000 Ukrainer umgebracht hat. Und das geht jeden Tag so weiter. Dabei mimt er noch den Friedensstifter – das ist das Zynische. Und viele Russen glauben ihm, das macht mich fertig. Das Problem ist nicht nur Putin, sondern das Problem sind die Russen selbst.

Ich habe das Gefühl, viele hier haben Russland schon abgeschrieben. Sie denken, dass sich bei uns nie etwas ändern könnte.

Das heutige Russland ist sicher nicht zu ändern. Über das Russland von morgen vermag ich nicht zu urteilen. Es müsste dort eine rational denkende Minderheit siegen. Die heutige Mehrheit ist völlig passiv: Man sagt ihnen »Demokratie« – dann gibt es Demokratie. Man sagt ihnen »Monokratie« – dann gibt es eben Monokratie.

Aber es gibt auch Stimmen, die sagen, genau das sei das wahre Russland. Das Russland unter Putin.

Das wäre sehr traurig. Ich kann bloß eine Parallele ziehen, auch wenn die nicht ganz sauber ist, weil sich in der Geschichte nie etwas eins zu eins wiederholt: Das Dritte Reich. Der Zweite Weltkrieg war eine Fortsetzung des Ersten, der Samen des Faschismus fiel auf fruchtbaren Boden, ein blutrünstiger Führer kam an die Macht. Die Nation muss verstehen, wie weit sie von ihrem Weg abgekommen ist. Sie hat den Verstand verloren. Wenn sie sich besinnt, die fremden Gebiete zurückgibt, die Zerstörungen wiedergutmacht – dann können wir über zukünftige Beziehungen nachdenken. Wenn nicht – dann eben nicht.

Es gibt Erkrankungen des nationalen Geistes, die man nicht überlebt. Die deutsche Nation war an Krebs erkrankt und hat ihn überlebt. Das Deutschland, das wir heute sehen, ist ein anderes Land.

Russland leidet auch an Krebs. Aber das Dritte Reich ist das vierte Stadium, und ihr seid im dritten. Macht euch nichts vor – vielleicht ist es viel schlimmer. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird es das auch. Ich glaube nicht daran, dass eine Nation aus dem Nichts heraus wiedergeboren wird. Es braucht einen Bruch, eine Zäsur. Wie die aussehen wird, weiß ich nicht, ich bin kein Hellseher.

Und was Sie selbst angeht – wussten Sie, dass Sie vorzeitig entlassen werden, dass Sie nicht 20 Jahre sitzen würden?

Eindeutig.

Aus irgendeinem Grund wusste ich das auch.

Russland könnte auch vorzeitig freikommen, aber ich sage ganz ehrlich – damit bin ich hier in der Minderheit, die Mehrheit sieht das anders. Dass Putin nicht freiwillig geht, weiß ich auch. Die Möglichkeit »Ich bin müde, ich trete ab« gibt es nicht.

Lebenslänglich also?

Die Deutschen haben eine nationale Katastrophe gebraucht.

Vielleicht wird er irgendwann auch zum Teufel gejagt ...

Ich würde laut applaudieren! Aber das wird kein Maidan. Der Maidan ist nicht euer Genre. Der russische Aufstand, schrieb Puschkin einmal, ist sinnlos und erbarmungslos.

Denken Sie, die Krim wird irgendwann wieder ukrainisch sein?

Ganz sicher.

Welchen Eindruck haben Sie bislang von Selensky?

Schwer zu sagen. Innen drin ist er aufrichtig. Er möchte die nationale Einheit und das Ende des Kriegs. Dass ihm Fehler unterlaufen – ich habe ihn ja kritisiert für den Ton im Gespräch mit den Freiwilligen, das war meines Erachtens kein Ton eines Oberbefehlshabers – aber das sind Einzelheiten. Dass was er zur Beendigung des Kriegs unternimmt, unterstütze ich im Großen und Ganzen, aber hier ist die Hauptsache, nicht die roten Linien zu übertreten. Nicht zu verraten, wofür unsere Leute gestorben sind.

Selensky hat es sehr schwer. Er bekommt viel Druck von seinen Leuten, von Deutschland und Frankreich, Putin ködert ihn, an Putins gütige Absichten glaube ich nicht. Die Leute um Selensky sind teilweise gut, teilweise undurchsichtig. Dass er Gefangene zurückholt, ist gut. Den Donbass zurückzuholen ist bislang nicht möglich.

Wäre die Unabhängigkeit nicht vielleicht besser?

Auf keinen Fall. Die Krim ist ukrainisch – Punkt. Die Ukraine hat seit der Unabhängigkeit wenig gemacht, um sie zu integrieren, das sehen wir ein. Das Problem ist, dass man erst jetzt darüber nachdenkt. Das hätte man früher tun sollen. Aber sie muss zurück.

Die Brücke steht schon ...

Gut so! Dann geht's schneller runter, wenn die Zeit gekommen ist, für die Tränen der ukrainischen Mütter zu bezahlen.

Was halten Sie von Nawalny? Hat er Perspektiven, und was denken Sie von ihm als Mensch?

Mein Kriterium, um Leute zu beurteilen, ist die Krim. Nawalny hat nicht vor, sie zurückzugeben, für ihn ist sie so was wie ein Butterbrot. Nicht, dass euch das Butterbrot im Hals stecken bleibt.

Das ist leicht gesagt.

Nehmen war einfach, zurückgeben dagegen ist schwer? Ihr habt euch lange vorbereitet und schnell zugegriffen. Umgekehrt geht das genauso – lange vorbereiten und schnell zurückgeben.

Sie glauben also nicht an eine Union mit Russland?

Niemals. Und die große Mehrheit der Ukrainer glaubt auch nicht daran, will keine. Die Zeiten der Union mit Moskau sind vorbei! Je weiter weg von Russland desto besser. Mag sein, dass Russland einmal anders war und irgendwann anders sein wird, aber in seinem Inneren hat sich der Eiter angestaut, und der ist jetzt ausgetreten. Putin ist das wahre Gesicht des heutigen Russland. Heute trägt Russland das Gesicht Putins. So gesehen ist die Unterstützung für ihn echt und die Popularität verdient.

Übersetzung aus dem Russischen (gekürzt): Jennie Seitz

Das russischsprachige Original des vorliegenden Beitrags ist online verfügbar unter <https://sobesednik.ru/dmitriy-bykov/20191106-oleg-sencov-v-ukraine-nikogda-takogo-kak-putin-ne-budet-dazhe-blizko>, die Übersetzung ins Deutsche durch dekodeur unter <https://www.dekodeur.org/de/article/senzow-haft-entlassung-gefangenenaustausch>.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen freut sich, dekodeur.org als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Wir danken unserem Partner dekodeur, Sobesednik und Dimitri Bykow für die Erlaubnis zum Nachdruck.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

21. Oktober – 8. November 2019

22.10.2019	Die »Staatsanwaltschaft« der »Volksrepublik Donezk« teilt mit, dass der ukrainische Journalist Stanislav Asejew wegen »Spionage und Extremismus« zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt wird. Asejew wurde im Sommer 2017 gefangen genommen. Das Urteil gegen Asejew, der unter anderem als freier Reporter für Radio Free Europe/Radio Liberty unter Pseudonym kritisch über die »Volksrepubliken« berichtete, wird von Menschenrechtsgruppen und Journalistenverbänden kritisiert.
22.10.2019	Der ehemalige Botschafter der USA in der Ukraine, William B. Taylor, sagt im Rahmen der sog. »Ukraine-Affäre« aus, dass US-Präsident Donald Trump Militärhilfen für die Ukraine zurückgehalten haben soll, um seinen politischen Rivalen Joe Biden Schaden zuzufügen, indem Trump Wolodymyr Selenskyj drängte, Ermittlungen in der Ukraine gegen Bidens Sohn, Hunter Biden, einzuleiten.
22.10.2019	Das Ministerium für Landwirtschaft gibt bekannt, dass es, nach einer Rekordernte im Vorjahr, im laufenden Jahr erneut mit einer Steigerung der Erträge rechne. Landwirtschaftliche Produkte sind das wichtigste Exportgut der Ukraine und machen rund 42 Prozent aller Exporte aus.
22.10.2019	Gegen 23 Uhr explodiert in der Puschkinska-Straße im Zentrum Kiews vor einem Bürogebäude, wo sich unter anderem auch die Deutsch-Ukrainische Außenhandelskammer befindet, eine Granate. Zwei Männer kommen dabei ums Leben, eine Frau wird verletzt. Laut Polizei ist die Ursache der Detonation unklar.
24.10.2019	Im jährlich von der Weltbank herausgegebenen »Doing Business«-Ranking klettert die Ukraine um sieben Plätze auf Rang 64 unter 190 erfassten Staaten. Das Land verbessert sich in sechs der zehn Kategorien und verzeichnet die größten Fortschritte beim »Schutz von Kleinanlegern« und beim »Umgang mit Baugenehmigungen« . Obwohl die Ukraine im »Doing Business«-Ranking seit 2014 um 48 Plätze stieg, liegt das Land dennoch weit hinter anderen Staaten der ehemaligen Sowjetunion wie Kasachstan (Platz 25), Russland (28) oder Belarus (49).
24.10.2019	Bei einem Treffen mit den Botschaftern der G-7-Staaten erklärt der Leiter des Präsidentenbüros Andrij Bohdan, dass er keinen Grund sehe, die verstaatlichte PrivatBank an den früheren Eigentümer Ihor Kolomojskyj zurückzugeben. Die größte Bank des Landes war 2016 verstaatlicht worden, nachdem rund 5,5 Mrd. US-Dollar aus der Bank verschwunden waren und eine Bankenkrise drohte. Kolomojskyj strebt an, die Bank wieder unter seine Kontrolle zu bekommen oder alternativ eine milliarden-schwere Entschädigung zu erhalten.
24.10.2019	In Saporischschja wird Angelika Belowa, eine Aktivistin, die sich für die Rechte der Roma einsetzt, bei einem Messerangriff durch einen unbekanntes Angreifer verletzt und muss im Krankenhaus ärztlich behandelt werden. Der Angreifer soll ihr, Belowas Mann zufolge, auf der Straße gefolgt sein und dann kurz vor ihrem Wohnhaus mehrfach auf sie eingestochen haben. Belowa leitet ein Roma-Zentrum in der Stadt und ist mit einem lokalen Antikorruptionsaktivisten verheiratet.
28.10.2019	Präsident Wolodymyr Selenskyj unterzeichnet ein Gesetz, das den Weg für die Privatisierung von mehr als 1.000 staatlichen Unternehmen freimacht. Laut dem Büro des Präsidenten sind in den sieben Jahren zuvor acht Versuche gescheitert, die nun zur Privatisierung stehenden Unternehmen zu privatisieren. Die große Mehrzahl der kleineren Unternehmen soll transparent über die Online-Vergabeplattform ProZorro verkauft werden, während 16 große Staatsbetriebe wie der Maschinenbauer »Asow-masch« in größeren Privatisierungsauctionen versteigert werden sollen.
28.10.2019	In Brüssel finden Gespräche zwischen der EU, der Ukraine und Russland statt, bei denen es um eine Verlängerung der am Jahresende auslaufenden ukrainisch-russischen Gaslieferverträge geht. Die EU schlägt erneut einen Vertrag über zehn Jahre vor, was auch der Position der Ukraine entspricht. Russland sieht eine Strafzahlung im Umfang von drei Milliarden US-Dollar an die Ukraine als Hindernis, die ein Stockholmer Gericht gegen den russischen Gasproduzenten Gazprom verhängt hatte. Die Gespräche enden ergebnislos und es wird allgemein erwartet, dass es vor dem 17. Dezember 2019, wenn der neue EU-Gaslieferungsstandard in der Ukraine in Kraft tritt und das ukrainische Pipelinesystem vom Gasproduzenten Naftohaz entkoppelt wird, keinen neuen Vertrag geben wird.

29.10.2019	Außenminister Wadym Prystajko gibt bekannt, dass in Solote (Luhansker Oblast) die Entflechtung von pro-russischen Rebellen und dem ukrainischen Militär von der Kontaktlinie beginnt. Auf beiden Seiten der Demarkationslinie müssen sich bewaffnete Rebellen und das ukrainische Militär unter Beobachtung der OSZE-Sondermission in der Ukraine um einen Kilometer zurückziehen. Bedingung für die Entflechtung war, dass in der Region zuvor für mindestens sieben Tage Waffenstillstand herrschte.
29.10.2019	In Mariupol findet ein großes, von Präsident Wolodymyr Selenskyj initiiertes Investitionsforum statt, das mehr Aufmerksamkeit auf die Region lenken und neue Investitionen anziehen soll. An dem »RE:THINK Invest in Ukraine« betitelten Forum nehmen fast alle ukrainischen Minister und mehr als 20 ausländische Delegationen teil. Premierminister Olexij Hontscharuk unterzeichnet mit der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) ein Memorandum, demzufolge die EBRD ca. eine Milliarde Euro in die Verkehrsinfrastruktur der Ukraine investieren will.
30.10.2019	Einen Tag nach dem Investitionsforum findet in Mariupol ein zweites hochrangiges Forum statt, diesmal mit dem Schwerpunkt auf humanitären Themen sowie der Reintegration des Donbas. Präsident Selenskyj erklärt auf dem »Einheitsforum«, dass er die »heiße militärische Phase« des Konflikts politisch beenden wolle und sich für Versöhnung einsetzen werde.
30.10.2019	Die Dänische Energieagentur gibt bekannt, dass die von Russland gebaute Nord Stream 2-Pipeline über dänisches Hoheitsgebiet südlich der Insel Bornholm gebaut werden dürfe. Damit ist der Weg frei für das letzte Teilstück der Gaspipeline, die wie schon die Nord Stream 1-Pipeline russisches Gas über die Ostsee direkt nach Deutschland liefern soll. Die Ukraine fürchtet, nach Inbetriebnahme von Nord Stream 2 nicht mehr als Transitland für russisches Gas benötigt zu werden, wodurch dem Land Einnahmen in Milliardenhöhe entfallen würden.
31.10.2019	Das ukrainische Parlament verabschiedet ein Gesetz über die strafrechtliche Verantwortlichkeit für die illegale Bereicherung und revidiert damit eine Entscheidung des Verfassungsgerichts, das die Gesetzgebung im Februar gekippt hatte.
31.10.2019	Im neuen Ranking der 100 vermögendsten Ukrainer, das jährlich von der Wochenzeitschrift »Nowoe Wremja« erstellt wird, gibt es auf den ersten Positionen keine Veränderungen gegenüber dem Vorjahr: Rinat Achmetow ist trotz Vermögensverlusten von mehr als 20 Prozent mit einem geschätzten Vermögen von 9,63 Mrd. US-Dollar immer noch mit großem Abstand der reichste Ukrainer. Dahinter folgen Wiktor Pintschuk (2,31 Mrd. US-Dollar), Wadym Nowynskyj (1,76 Mrd. US-Dollar) und Ihor Kolomojskyj (1,45 Mrd. US-Dollar).
31.10.2019	In Kiew tagt die NATO-Ukraine Kommission im Beisein von Präsident Wolodymyr Selenskyj und NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg. In einer gemeinsamen Erklärung appellieren die Ukraine und die NATO, den Krieg im Donbas beenden und die von Russland annektierte Krim wieder unter ukrainische Kontrolle bringen zu wollen. Selenskyj kündigt zudem eine weitere Entflechtung in Petriwske (Gebiet Donezk) an, sollte dort der Waffenstillstand zwischen den ukrainischen Streitkräften und den pro-russischen Rebellen bis zum 4. November anhalten.
31.10.2019	Der Energiekonzern DTEK des Oligarchen Rinat Achmetow eröffnet im Gebiet Dnipropetrowsk eine neue Solaranlage, die 240 Megawatt Strom erzeugen soll. Die Anlage mit 840.000 Solarpanels aus China erstreckt sich über eine Fläche von umgerechnet mehr als 8 Fußballfeldern, und ist nach einer Anlage in Westfrankreich, die 300 Megawatt liefert, die zweitgrößte in Europa.
02.11.2019	Die Werchowyna Rada verabschiedet ein Gesetz, das das ukrainische Gastransportsystem vom staatlichen Energieversorger Naftohas entkoppelt. Es soll ein neues staatliches Unternehmen gegründet werden, das das Gastransitsystem unabhängig von Naftohas betreiben wird. Damit kommt die Ukraine der EU-Gasrichtlinie nach, der zufolge die Produktion von Erdgas und der Gastransport nicht in einer Hand liegen dürfen, und schafft die Voraussetzung für einen neuen Gastransitvertrag (nach europäischen Vorschriften) mit Russland, der aktuell zwischen der Ukraine, der EU und Russland verhandelt wird.
04.11.2019	Das britische Verteidigungsministerium gibt bekannt, die militärische Hilfe für die Ukraine für drei weitere Jahre bis März 2023 zu verlängern. Seit 2015, als Großbritannien infolge der Krim-Annexion durch Russland die »Operation Orbital« begann, wurden mehr als 10.000 ukrainische Soldaten von britischen Militärs in einer Militärbasis der Oblast Mykolajiw trainiert.

05.11.2019	Präsident Wolodymyr Selenskyj ruft das Ministerkabinett ein, um bis Jahresende wichtige Reformprojekte zur Liberalisierung der ukrainischen Wirtschaft einzuleiten. Sein erklärtes Ziel ist es, die Ukraine im »Doing Business«-Ranking der Weltbank, in dem das Land wenige Tage zuvor einen Platz im Mittelfeld erhalten hat, weitere Plätze gut zu machen. Selenskyj sieht dabei vor allem die Ministerien für Wirtschaft, Finanzen, Energie und Infrastruktur in der Pflicht und beauftragt die Minister mit diversen Reformprojekten.
06.11.2019	Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) revidiert ihre Prognose und schätzt, dass das reale BIP-Wachstum der Ukraine in diesem Jahr nicht bei 2,5 Prozent, sondern bei 3,3 Prozent liegen werde. Für 2020 geht die EBRD von einem BIP-Wachstum von 3,5 Prozent aus. Ursächlich für die positive Entwicklung seien der robuste private Konsum, der starke Anstieg der Reallöhne, der boomende Bausektor sowie gestiegene Auslandsinvestitionen.
07.11.2019	Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen UNHCR schickt seinen bisher größten humanitären Hilfstransport in die Ostukraine. Darunter befinden sich 18 Lastwagen mit Baumaterialien, um vor dem beginnenden Winter zerstörte Wohnhäuser wieder aufzubauen, die in den letzten Jahren durch die Kampfhandlungen beschädigt wurden.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Dr. Eduard Klein

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Eduard Klein (verantwortlich)
 Chronik: Dr. Eduard Klein
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

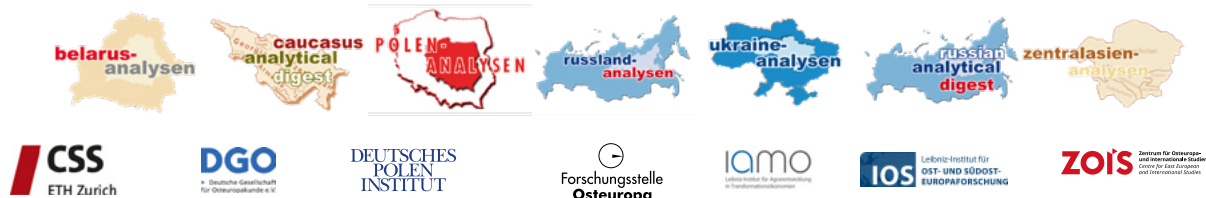
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1862-555X © 2019 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
 Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
 e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>